

Europas Konjunktur stagniert

Wie aus einer in der vergangenen Woche von Eurostat veröffentlichten Schnellschätzung zum wirtschaftlichen Wachstum hervorgeht, stagnierte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Europa im ersten Quartal des Jahres. Das gilt sowohl für den Euroraum, als auch für die Europäische Gemeinschaft insgesamt, welche beide bei 0,0 Prozent liegen. Auch wenn somit kein Wachstum vorhanden war, ist das eine gute Nachricht. Denn Ökonomen hatten zuvor mehrheitlich einen Rückgang um 0,2 Prozent erwartet. Nachdem die Konjunktur schon im vierten Quartal 2011 um 0,3 Prozent rückläufig war (ebenfalls sowohl in der EG gesamt, als auch in der Eurozone allein), hätte sich Europa so in der Rezession gefunden. Nun besteht Hoffnung, dass diese vermieden werden kann.

Als Wachstumstreiber fungiert einmal mehr Deutschland. Nach einem Rückgang um 0,2 Prozent im Schlussquartal 2011, gab es nun einen überraschenden Anstieg um 0,5 Prozent. Experten hatten eine Stagnation bei 0,0 oder 0,1 Prozent erwartet. Laut dem deutschen Statistischen Bundesamt ist der Anstieg insbesondere dem Außenbeitrag zu verdanken. Im Gegensatz zu den Importen, sind die Exporte deutlich gestiegen. Ein Rückgang bei den Investitionen hätte so kompensiert werden können.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sind allerdings weiterhin immens. Neben Deutschland sorgen insbesondere Finnland (1,3 Prozent), die Slowakei (0,8 Prozent), Lettland (1,1 Prozent) und Estland (0,5 Prozent) für Wachstum. In den meisten Ländern stagniert dagegen die Wirtschaft. Darunter findet sich auch Frankreich mit 0,0 Prozent, nach 0,1 Prozent im vierten Quartal 2011. Österreich liegt bei 0,2 Prozent gegenüber 0,0 Prozent im vorangegangenen Quartal. Am Schlechtesten sieht es erwartungsgemäß für Griechenland aus. Zwar gibt es für das Land keine Quartals-Schätzung. Im Vergleich zum ersten Quartal 2011 liegt der Rückgang aber bei -6,2 Prozent. In Spanien sank das BIP das zweite Mal in Folge um 0,3 Prozent. Damit befinden sich die Iberer wieder in der Rezession. Noch deutlicher und schon das dritte Mal in Folge fiel der Rückgang mit 0,8 Prozent in Italien aus. Im vierten Quartal 2011 ging es dort bereits um 0,7 Prozent nach unten. Die schlechtesten Werte weisen ansonsten die Tschechische Republik mit minus 1,0 Prozent und Ungarn mit -1,3 Prozent auf, welche aber beide nicht Mitglied der Eurozone sind.

Da es sich nur um eine Schnellschätzung handelt, können sich die endgültigen Ergebnisse noch verändern. Eine zweite Schätzung wird am 6. Juni und die endgültige am 4. Juli veröffentlicht. Allerdings fallen die Veränderungen gewöhnlich nur noch minimal aus. Über die letzten 45 Quartale hatte die Schnellschätzung für den Euroraum beispielsweise 39-mal das Wachstum korrekt vorhergesagt. In den anderen sechs Fällen gab es lediglich eine Korrektur um 0,1 Prozent.

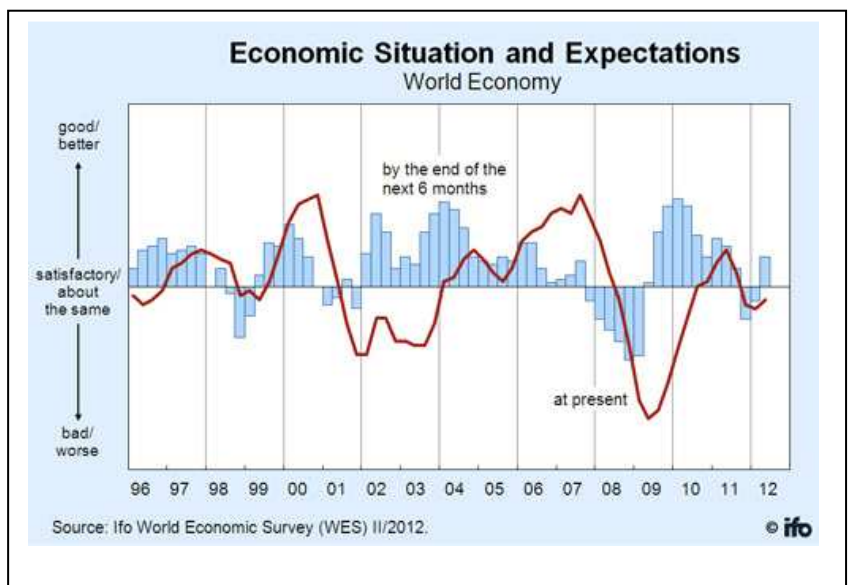
Wachstumsgipfel in der kommenden Woche

Auch wenn für die Eurozone insgesamt eine Rezession anscheinend vermieden werden kann, zeigen die Ergebnisse, insbesondere in den Peripherie-Staaten, wie dringend eine Rückkehr auf Wachstumskurs ist. Seit dem Wahlsieg von Hollande in Frankreich wird dieses Thema nun auch von der Politik stärker diskutiert. Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel wird nicht drum rum kommen, dass sich der Fokus in der europäischen Wirtschaftspolitik nun mehr auf Wachstum ausrichtet. Ökonomen warnten allerdings schon lange davor, dass einseitiges Sparen mehr schadet, als hilft. Das scheint sich inzwischen zu bestätigen. Die Prämisse heißt nun, dass sich Haushaltskonsolidierung und Wachstumspolitik nicht ausschließen, sondern durchaus gemeinsam betrieben werden können. Bereits am kommenden Mittwoch wird dazu ein Sonder-Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel stattfinden. Offiziell dient dieser zur Vorbereitung auf den schon länger geplanten Gipfel im Juni. Die Märkte werden aber schon in dieser Woche genau auf den Ausgang der Gespräche achten. Auch, falls es noch nicht zu weitergehenden Beschlüssen kommt, hofft man, dass sich eine glaubhafte europäische Wachstums-Politik zumindest abzeichnet.

Ifo Weltwirtschaftsklima hält sich weiter auf

Würde es nicht die Schuldenkrise geben, wäre das weltweite Umfeld eigentlich gar nicht schlecht für eine wirtschaftliche Erholung. Wie aus dem ebenfalls in der vergangenen Woche veröffentlichten Ifo Weltwirtschaftsklima hervorgeht, ist der Indikator im zweiten Quartal 2012 weiter auf jetzt 95,0 Punkte angestiegen und liegt somit nur noch geringfügig unter dem langfristigen Durchschnitt von 96,7 Punkten. Ein kräftiger Anstieg war in Nordamerika, aber auch in Westeuropa, zu verzeichnen. Nordamerika liegt dabei bereits wieder über dem langfristigen Durchschnitt. Laut Ifo-Institut hätten sich in beiden Regionen die Erwartungen für die nächsten sechs Monate erheblich erhöht. Und auch die aktuelle Lage würde etwas besser eingeschätzt. In Asien würde man die aktuelle Situation zwar noch ungünstig bewerten, aber dennoch besser, als im Vor-Quartal. Deutlich positiver seien dort die Erwartungen für das kommende halbe Jahr.

Das Ifo Weltwirtschaftsklima wird seit 1981 in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer in Paris ermittelt. Diesmal hatten sich 1.101 Experten aus 121 Ländern an der Umfrage beteiligt.



FOMC-Protokoll: Mitglieder sind unterschiedlicher Meinung

Unterschiedliche Ansichten über die wirtschaftliche Erholung haben die Mitglieder des geldpolitischen Rates (FOMC) der amerikanischen Notenbank. Das geht aus dem Protokoll der Sitzung vom 24. und 25. April hervor, welches in der vergangenen Woche veröffentlicht wurde. Einige überzeugt die bisherige Konjunkturerholung nicht. Zwar gebe es auf dem Arbeitsmarkt durchaus Fortschritte, es sei aber unklar, woher diese kommen. Daher sei eine weitere Erholung auch nicht sicher. In jedem Fall müsse man weitere geldpolitische Schritte in Erwägung ziehen, falls sich das Wachstum wieder abschwächen sollte. Andere Mitglieder des Gremiums sind deutlich zuversichtlicher, dass es weiter nach oben geht. Wieder andere sind besorgt über die Inflation und befürchten, dass sich die bisherigen geldpolitischen Lockerungen langfristig doch noch durch eine ansteigende Teuerung bemerkbar machen.

Insgesamt gehen die Mitglieder aber davon aus, dass die Wirtschaft auf einer moderaten Erholungs-Fahrt bleibt, wenn auch der öffentliche Sektor das Wachstum etwas bremsen würde. Die größte Gefahr für einen Konjunktur-Einbruch sieht man in den Verspannungen an den internationalen Finanzmärkten.

Deutlich mahnte das FOMC eine Einigung der Politik auf einen langfristigen Plan zur Sanierung der Staatsfinanzen an. Die US-Haushaltssituation stelle ein "erhebliche Risiko" dar und der schleppende Abbau der Neuverschuldung sei eine Belastung für die Wirtschaft. Es drohe eine Verschärfung der Situation Anfang 2013, was sich dann durch entstehende Verunsicherung auch nachteilig auf Investitionen und Einstellung der Unternehmen auswirken könnte.

Die Notenbank wiederholte ihre Einschätzung, dass die Zinsen voraussichtlich bis mindestens Ende 2014 nahe null bleiben. Allerdings ist man sich auch in diesem Punkt nicht einig. Immerhin ein Drittel sehen eine erste Zins-Anhebung bereits in 2012 oder 2013. Das sorgt für Verunsicherung in den Märkten, ob die Zinsen tatsächlich solange auf dem jetzigen Niveau bleiben.

Eine Änderung wird es für die Zentralbank-Sitzungen geben. In Zukunft beraten die FOMC-Mitglieder immer zwei Tage. Bisher war dies nur bei jeder zweiten Sitzung der Fall. Weiterhin jeden dritten Monat im Quartal wird der Fed-Vorsitzende Bernanke eine Pressekonferenz geben.

Eurokrise verschärft sich weiter:

EUR/USD auf 5-Monatstief

In der Eurozone verschärfte sich die Krise in der vergangenen Woche weiter. Die Bemühungen in Griechenland eine Regierungskoalition zu finden sind endgültig gescheitert und es wird zu Neuwahlen am 17. Juni kommen. Der Ausgang ist ungewiss. Nachdem die Links-Radikalen vor einigen Tagen in Umfragen noch vorne lagen, sah eine andere Umfrage von Freitag eine Mehrheit für die Unterstützer des Sparkurses. Doch es besteht weiterhin eine nicht zu vernachlässigende Gefahr, dass Griechenland bald die Eurozone verlässt. Obwohl man sich in Europa vorsorglich darauf vorbereitet, wären die Folgen ungewiss. Die entstehenden Kosten könnte man sicherlich verkraften. Wenn aber die Turbulenzen auf Spanien und Italien übergreifen, wäre die Situation nur noch schwer beherrschbar.

Spanien steht zunehmend unter Druck

Besonders die Iberer stehen zunehmend unter Druck. Am Sekundärmarkt stiegen zehnjährige spanische Bonds bis auf 6,508 Prozent. Bei deutschen Papieren sank die Rendite dagegen gleichzeitig auf nur noch 1,47 Prozent. Diese Risikoprämie, welche sich Anleger im Vergleich zu den als sicher geltenden deutschen Papieren zahlen lassen, ist ein neuer Rekordwert. Und auch die Kreditausfallversicherungen (CDS) sind mit 504,72 Basispunkten auf einen neuen Rekord gestiegen. Zinsen über sechs Prozent gelten als kritisch und langfristig betrachtet zu hoch für die Refinanzierung. Bei Werten über sieben Prozent sind Länder wie Portugal oder Irland unter den Rettungsschirm geschlüpft.

Auch an der Madrider Börse nimmt die Nervosität zu. Der Ibex sank auf den tiefsten Wert seit 2003. Die Aktien des in der letzten Woche teilverstaatlichten Geldinstituts Bankia sanken dabei insgesamt um mehr als 34 Prozent.

Der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy warnte vor dem Parlament, dass man Gefahr laufe, von den Finanzmärkten ausgeschlossen zu werden. Er sagte: "Im Moment besteht das ernsthafte Risiko, dass die Investoren uns kein Geld mehr leihen werden oder nur zu astronomischen Zinsen". Ein möglicher Austritt Griechenlands aus dem Euro wäre ein großer Fehler. Die Nachhaltigkeit der öffentlichen Schulden müssten garantiert und allen Verpflichtungen nachgekommen werden. Seine Regierung hätte zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, welche auch richtig seien. Der Euro müsse aber gestärkt werden. Und dafür könne die Europäische Union mehr tun, als bisher geschehen.

Anleihenauktion verläuft glimpflich

Eine spanische Anleihenauktion verlief am Donnerstag allerdings glimpflich. Zwar sind die Renditen deutlich gestiegen. Für Bonds mit einer Laufzeit bis 2015 wurden durchschnittlich 4,375 Prozent verlangt. Im April waren es nur 2,89 Prozent. Andere Papiere mit Fälligkeit 2016 lagen bei 4,876 Prozent gegenüber 4,037 Prozent Anfang Mai. Doch steigende Renditen waren angesichts der Situation nicht anders zu erwarten. Wichtiger war, dass die Nachfrage sehr robust geblieben ist. Mit 2,49 Milliarden Euro wurde das Maximal-Ziel von 2,5 Milliarden Euro nur knapp verfehlt. Das ist im Grunde die gute Nachricht bei der Auktion. Denn auch wenn man sich die gestiegenen Risiken mit einer entsprechenden Rendite bezahlen lässt, zeigt die Nachfrage, dass man grundsätzlich noch Vertrauen hat.

Nervosität belastet die Märkte

Die Unsicherheit über den Ausgang der Wahlen in Griechenland und überhaupt über den Fortbestand der Eurozone sorgt natürlich für Nervosität in den Märkten. Das zeigt sich nicht nur in den steigenden Renditen von Anleihen der Peripherie-Länder, sondern insbesondere auch in fallenden Aktienmärkten. Der DAX und Dow Jones fielen auf den tiefsten Stand seit Mitte Januar. Und auch für den Euro ging es deutlich nach unten. EUR/USD lag im Wochentief bei 1,264 und somit ebenfalls auf dem tiefsten Stand seit fünf Monaten. Der Schlusskurs der Vorwoche lag noch bei über 1,29.

Charttechnische Betrachtung von EUR/USD:

EUR/USD bewegte sich in der vergangenen Woche kontinuierlich nach unten und fiel am Freitagmorgen auf ein Fünfmonatstief bei 1,264. In diesen Bereich liegt allerdings ein wichtiges Unterstützungsgebiet. Zum einen liegt das Januar-Tief bei 1,2622. Und auch leicht darüber finden sich mehrere Tagestiefs aus Januar. Da das Paar zudem durch die starken Verluste der vergangenen beiden Wochen schon im überverkauften Bereich war, prallte der Kurs am Freitag von diesem Niveau nach oben ab. Im Tages-Verlauf konnte sich der Euro in der Spitze bis 1,2794 erholen und schließt auch zum Wochenende nur wenig darunter. Es ist denkbar, dass sich dies in den kommenden Tagen noch etwas fortsetzt. Die nächsten Widerstände liegen bei 1,2815; 1,287 und 1,29. Eine Trendwende würde das allerdings nicht bedeuten. Solange EUR/USD unter 1,30 liegt, bleibt eine bald anstehende neue Euro-Abwertung wahrscheinlich. Entscheidend ist dann der Bereich des Januar-Tiefs bei 1,2622 und des 2010-Tiefs bei 1,2584. Darunter müsste von einer deutlichen weiteren Abwertung bis 1,215 und dem 2010-Tief bei 1,1874 ausgegangen werden. Aus heutiger Sicht ist diese bearishe Prognose sehr wahrscheinlich. Man muss allerdings beachten, dass der weitere Verlauf der Euro-Krise eine entscheidende Bedeutung hat. Zum einen können neue Hiobs-Botschaften zu einem Ausbleiben der kurzfristig erwarteten Korrektur führen und den Kurs

sehr schnell auf die genannten Bereiche sinken lassen. Zum anderen könnte aber auch eine Entspannung in der Krise, zum Beispiel glaubhafte Beschlüsse auf dem EU-Wachstums-Gipfel am kommenden Mittwoch, zu einem doch wieder stärker werdenden Euro führen.

Tageschart EUR/USD:



GBP/USD

BoE hält sich die Option für neue geldpolitische Lockerungen offen

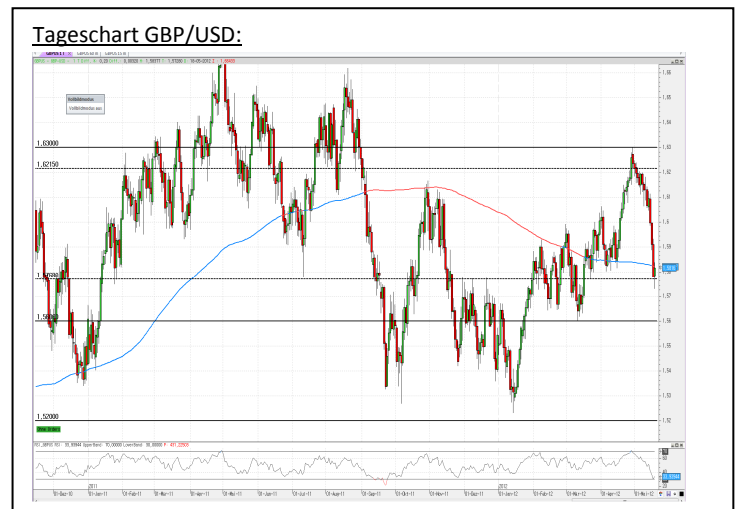
Der geldpolitische Rat (MPC) der Bank of England (BoE) hatte bei seiner Sitzung vor rund zehn Tagen die Leitzinsen bei 0,5 Prozent gelassen und auch das Anleihenkaufprogramm im Volumen von 325 Milliarden Pfund nicht aufgestockt. Der zweite Punkt war mit Spannung erwartet worden, da das Kapital noch im Mai aufgebraucht sein wird und die Entscheidung somit faktisch eine Aussetzung der Anleihenkäufe bedeutet. Viele Ökonomen hatten das so erwartet und sind dennoch der Meinung, dass es in den kommenden Monaten aufgrund der wirtschaftlichen Situation trotzdem noch zu einer Aufstockung kommen wird.

In der vergangenen Woche wurde nun der Inflations-Bericht der BoE veröffentlicht, welcher die Notenbank-Prognosen zur Inflation und Wirtschaftswachstum in den kommenden zwei Jahren beinhaltet. Man erwartet nun dass die Inflation erst Mitte 2013 unter den Zielwert von zwei Prozent sinken wird. Im letzten Bericht aus Februar war man noch von Ende 2012 ausgegangen. Allerdings prognostiziert man in zwei Jahren nur noch 1,6 Prozent und somit 0,2 Prozent weniger, als bisher. Da gleichzeitig die Wachstums-Prognose deutlich gesenkt wurde, gibt dies **der Notenbankspielraum für eine Neuauflage der Anleihenkäufe** in den kommenden Monaten.

Besonders die hohen Energiepreise und die ungünstigen Kreditbedingungen belasteten derzeit die Wirtschaft. Die größte Gefahr für die britische Wirtschaft sei allerdings die Schuldenkrise in der Eurozone, deren Länder die Haupt-Handelspartner des Landes sind. Der

BoE-Vorsitzende King sagte: "wir bewegen uns durch turbulente Gewässer mit dem Risiko eines Sturms vom Kontinent". Man sehe weiterhin die Gefahr einer ungeordneten Entwicklung in der Eurozone. Für diesen Fall würde man schon seit geraumer Zeit mit der Regierung über Notfall-Pläne diskutieren. Bei einer Eskalation der Krise werde man reagieren.

Da der Schwerpunkt auf den wirtschaftlichen Risiken lag und man die langfristige Zinsprognose sogar gesenkt hat, fühlen sich Ökonomen in der Vermutung bestätigt, dass das Anleihenkaufprogramm im Spätsommer oder Herbst wieder aufgenommen wird. Die somit wahrscheinlicher werdende neue geldpolitische Lockerung sorgte für einen gegenüber dem Dollar deutlich fallenden Pfund. Während GBP/USD vor dem Bericht noch bei rund 1,61 lag, wurde am Freitag ein Tief bei nur noch 1,5728 erreicht. Damit wurde sowohl die 200-Tageslinie nach unten gebrochen, als auch die Unterstützung bei 1,5768 (Zwischen-Tief vom 22. März). Die charttechnische Situation hat sich dadurch deutlich eingetrübt. Zwar könnte in den kommenden Tagen eine gewisse Konsolidierung nach oben zu sehen sein. Anschließend ist aber eine weitere Abwertung bis 1,56 und 1,53 wahrscheinlich. Von einer Fortsetzung der seit Mitte Januar zu sehenden Aufwärtsbewegung wäre nur auszugehen, wenn dem Paar eine Rückkehr über den Bereich 1,60/1,606 gelingt.



AUD/USD

RBA-Protokoll liefert wenig neue Erkenntnisse

Im in der vergangenen Woche veröffentlichten Protokoll der geldpolitischen Sitzung der Reserve Bank of Australia (RBA) vom 1. Mai, wird der überraschend große Zinsschritt um 50 Basispunkte mit der unerwartet niedrigen Inflation, dem schwachen Wirtschaftswachstum und den steigenden Zinsen für Immobilienkredite begründet. Hinweise auf das weitere Vorgehen der Notenbank finden sich allerdings nicht. Trotzdem gehen Ökonomen von weiter sinkenden Leitzinsen aus und haben wegen dem größer ausgefallenen Zinsschritt auch ihre längerfristige Zins-Prognose nach unten revidiert.

Die zu erwartenden weiteren geldpolitischen Lockerungen wirken sich seit der Sitzung schwächend auf den Australischen Dollar aus. Das setzte sich auch in der vergangenen Woche fort. Das Paar fiel erstmals seit Dezember wieder unter die Parität (Kursverhältnis von 1:1) und im weiteren Wochenverlauf im Tief bis 0,984. Dadurch wurde auch die Trendlinie der seit Juni 2010 bestehenden langsamen Aufwärtsbewegung nach unten gebrochen. Da der Kurs inzwischen überverkauft ist, wäre kurzfristig eine gewisse Korrektur nach oben möglich.

Das Potenzial dürfte aber relativ begrenzt ausfallen und eine Rückkehr über die Parität voraussichtlich nicht gelingen. Mittelfristig liegen die nächsten Ziele der 0,9659 und 0,9385. Aufhellen würde sich das Chartbild nur bei einem Anstieg über 1,002 und somit eine Rückkehr in den alten Trend-Bereich.

Tageschart AUD/USD:



EUR/AUD

Vor einer Woche hatten wir von einer interessanten Situation bei EUR/AUD berichtet. Anders, als gegenüber den meisten anderen Währungen, konnte der Euro in den vergangenen Wochen gegenüber dem Australischen Dollar zulegen. Ein Grund dürfte die überraschend starke Zinssenkung der australischen Notenbank am 1. Mai sein. Zudem wertet der Australische Dollar häufig ab, wenn weltweit Unsicherheit die Märkte beherrscht. Diese beiden Faktoren wirkten sich offensichtlich stärker aus, als die Euro-Sorgen.

Zwischen September 2010 bis Dezember 2011 bewegte sich EUR/AUD in einer Spanne zwischen 1,292 und 1,45. Ende Dezember fiel der Euro dann unter diesen Bereich und sank kurzfristig bis fast 1,21. Seit Februar erholt sich der Kurs aber allmählich. Seit Ende März stieg der Kurs mehrfach leicht über 1,29. Am Freitag konnte der Euro dann erstmals wieder in die alte Spanne zurückkehren und stieg im weiteren Verlauf bis 1,303. Zum Wochenende schließt das Paar bei 1,2977.

Der Bereich 1,30 bietet gewissen Widerstand, welcher noch nicht endgültig überwunden werden konnte. Darüber befindet sich das nächste Ziel bei 1,3225. Die Rückkehr in den bis Dezember gültigen Kursbereich spricht nun für weiter steigende Kurse. Langfristig ist sogar Potenzial bis zum oberen Rand bei 1,45 vorhanden. Idealerweise fällt das Paar nicht mehr unter 1,275, da sich die Situation sonst wieder eintrüben würde. Wobei man sogar erst unter dem Bereich 1,2641/1,2563 von einer längerfristigen Abwertung in Richtung 1,20 ausgehen könnte.

Tageschart EUR/AUD:



USD/JPY

Ist USD/JPY bald wieder bei seinem Rekord-Tief?

Im Juni 2007 lag USD/JPY kurzfristig bei etwas über 124. Seitdem geht es kontinuierlich nach unten. Zwar gab es immer mal wieder auch längere Phasen einer Dollar-Aufwertung. Doch dies änderte nie die Tendenz. Bereits seit Mitte August 2010 konnte das Paar nicht mehr über 86 steigen. Ein Rekord-Tief wurde im Oktober letzten Jahres bei nur noch 75,54 erreicht. Insgesamt war allerdings in der zweiten Jahreshälfte 2011 nur wenig Bewegung zu sehen, da einerseits Japan durch Interventionen eine weitere Aufwertung der Landeswährung verhinderte, andererseits aber auch keine Impulse für den Dollar entstanden.

Natürlich findet jede Bewegung irgendwann ein Ende. Die Frage, wann bei USD/JPY die langfristige Abwertung beendet ist, stellt sich durch die historisch tiefen Kurse des letzten Jahres ganz besonders. Von Anfang Februar bis Mitte März sah es bereits so aus, als ob der Dollar wieder Aufwind bekommen würde. Von rund 76 gelang ein steiler Anstieg bis 84,17. Seitdem geht es aber wieder kontinuierlich nach unten. In der vergangenen Woche fiel der Kurs erstmals wieder unter 79 und schließt zum Wochenende nur wenig höher. Nicht nur wegen der seit Jahren zu sehenden stabilen Abwertung wird es zunehmend wahrscheinlicher, dass die Aufwertung aus Februar und März nur ein Strohfeder war. Die nächste Unterstützung findet sich nun bei 78,30. Spätestens darunter müsste mit einem anschließenden Test des Allzeit-Tiefs bei 75,54 gerechnet werden. Dann könnte eine deutlichere weitere Abwertung allerdings schwierig werden, da davon auszugehen ist, dass die japanische Regierung wieder aktiv wird und im Markt interveniert. Aufhellen würde sich die charttechnische Situation nur bei einem Anstieg über 80,60. Dann könnte auf weiter bis 81,86; 84,17 und längerfristig 86 steigende Kurse spekuliert werden.

Tageschart USD/JPY:



Wichtige Termine in der kommenden Woche

In der kommenden Woche wird man mit Spannung auf **den EU-Sondergipfel** schauen, welcher **am Mittwochabend** stattfindet. Dieser soll sich ganz dem Thema Wachstum widmen. Eigentlich sollte erst beim offiziellen Gipfel im Juni darüber gesprochen werden. Offensichtlich unter dem Eindruck der Wahl in Frankreich wurde dies nun vorgezogen, wobei der jetzige Gipfel offiziell nur zur Vorbereitung auf das Juni-Treffen dienen soll. Der neue französische Präsident Hollande lehnt das im Fiskalpakt vereinbarte einseitige Sparen ab und fordert eine ergänzende Vereinbarung, welche das Wachstum in Europa fördern soll. Zahlreiche Politiker betonten in den letzten Tagen, dass Haushaltskonsolidierung und Wachstum sich nicht ausschließen müssen. Im Zuge der wieder eskalierenden Euro-Krise und der schlechten konjunkturellen Situation in vielen Euro-Ländern wird der Gipfel unter einem hohen Erwartungsdruck stehen. Auch, dass er nur vorbereitenden Charakter haben soll, wird dies nicht ändern.

Man wird darauf achten, ob sich glaubhafte Wachstum-Programme zumindest abzeichnen. Neben diesem Thema wird sicherlich auch über das drohende Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone gesprochen werden. Hierdurch würden konkrete Ansteckungsgefahren entstehen, insbesondere für Länder wie Italien oder Spanien.

Am kommenden Mittwoch wird um 10:30 Uhr das Sitzungsprotokoll des geldpolitischen Rates (MPC) der britischen Notenbank veröffentlicht. Bei der Sitzung vor rund zwei Wochen wurden keine Änderungen an der Geldpolitik vorgenommen. Die Leitzinsen bleiben nun schon seit über drei Jahren auf dem Rekordtief von 0,5 Prozent. Spannender war die Frage, wie es mit dem Anleihenkaufprogramm weitergeht. Die bisher bereitgestellten Mittel in Höhe von 325 Milliarden Pfund werden noch im Mai aufgebraucht sein. Doch auch hier wurde zunächst keine Aufstockung beschlossen. Die Notenbank befindet sich in einem Dilemma zwischen schwächelnder Konjunktur und deutlich zu hohen Inflations-Rate. Die Mehrheit der Ökonomen geht aber trotzdem davon aus, dass die BoE im Laufe des Jahres wieder mit dem Ankauf von Anleihen beginnt. Aus dem Protokoll sind die Einschätzungen und das genaue Abstimmungsverhalten der einzelnen Rats-Mitglieder ersichtlich. Darüber kann man dann wiederum besser einschätzen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit für eine weitere Lockerung der Geldpolitik in den kommenden Monaten ist.

Am Dienstag und Mittwoch werden Zahlen zum amerikanischen Häusermarkt veröffentlicht. Obwohl die US-Konjunktur insgesamt wieder solide wächst, konnte der wichtige Immobilienbereich davon bisher nicht merklich profitieren. Zwar ist eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau zu beobachten. Wirklich nach oben geht es aber andererseits auch nicht.

In der Nacht zu Mittwoch wird die Bank of Japan (BoJ) ihr Sitzungsergebnis veröffentlichen. Große Veränderungen an der Geldpolitik sind nicht zu erwarten. Sicherlich wird die Notenbank aber rhetorisch versuchen den in letzter Zeit wieder aufwertenden Yen zu schwächen.

Am Donnerstag stehen die ersten Schätzungen für mehrere Einkaufsmanager-Indexe im Fokus. Den Anfang macht der chinesische HSBC-Einkaufsmanagerindex um 4:30 Uhr. Am Vormittag werden dann die Einkaufsmanagerindexe für zahlreiche Euro-Länder und auch die Eurozone insgesamt

veröffentlicht. Es handelt sich dabei um wichtige Früh-Indikatoren für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Ergebnisse über 50 Punkten signalisieren eine sich verbessernde konjunkturelle Situation. Werte unter 50 Punkten entsprechend eine Verschlechterung. Vor einem Monat sind die meisten Ergebnisse überraschend schlecht ausgefallen. Auch Schwer-Gewichte wie Deutschland und Frankreich lagen deutlich unter der Wachstumsschwelle. Es gibt wenig Hoffnung, dass sich dies bei der jetzigen Erhebung bereits wieder deutlich gebessert hat. Reuters-Abonnenten erhalten die Ergebnisse schon zwei Minuten vor dem offiziellen Veröffentlichung-Termin. Somit kann bei überraschenden Ergebnissen auch dann schon Bewegung in den Märkten entstehen.

Ebenfalls am Donnerstag wird um 10:00 Uhr das Münchener ifo-Institut das Geschäftsklima für Deutschland veröffentlichen. Dabei handelt es sich um einen monatlich erhobenen Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Zur Ermittlung werden rund 7.000 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, sowie des Groß- und Einzelhandels nach der derzeitigen Geschäftssituation und den Erwartungen für die kommenden sechs Monate befragt. Der Index konnte in den letzten 6 Monaten steigen. Die sich zuletzt wieder zuspitzende Situation in der Euro-Krise macht es aber unwahrscheinlich, dass sich diese Serie auch bei der jetzigen Erhebung fortgesetzt hat. Vor einer Woche hatte sich bereits der im ZEW-Index gemessene Optimismus der Finanzbranche deutlich eingetrübt. Das könnte nun auch in der Industrie der Fall gewesen sein.

Ihr MAVEST TEAM

KONTAKT

MAVEST GmbH
Churerstrasse 35
CH-9470 Buchs SG
FON: ++41 81 511 01 81
FAX: ++41 81 750 50 31
Handelsregister: CH-320.4.068.620-6
www.mavest.ch

DISCLAIMER

Wichtig ist uns: Auf keinen Fall sollten Leser aus unseren Bemerkungen und aus den manchmal etwas launigen Kommentierungen Rückschlüsse auf unsere gemachten und schon gar nicht auf künftige Handelsentscheidungen von MAVEST ableiten. Für uns gilt: Der Markt zeigt uns die Richtung. Bis dahin sind wir schwebend unentschieden. Selbstverständlich sollte niemand sich durch diesen Kommentar oder andere Hinweise auf unserer Homepage aufgefordert fühlen, auf den Kapitalmärkten aktiv zu werden. MAVEST lehnt jegliche Verantwortung für etwaige Kapitalverluste von Lesern dieser Kommentare ausdrücklich ab. Zu unserem Grundverständnis gehört es, dass Engagements an den Kapitalmärkten immer durch freie Investoren auf eigenes Risiko erfolgen sollten.